

## **Antrag**

### **Zusätzliche Mittel zur Prävention gegen Gewalt an Kindern und Jugendlichen**

#### **Beschlussvorschlag**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Kooperation mit den weiteren Akteuren (u. a. Kommunen, Jugendämter, Runder Tisch gegen Gewalt an Frauen und Kindern, Kreispolizeibehörde, Kommunale Präventionsketten mit dem Deutschen Kinderschutzbund, Schulsozialarbeit etc.) sich zum Themenkomplex „Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ weiter zu vernetzen und die Bedarfe zu prüfen, inwieweit hier künftig ggf. bestehende Angebote angepasst, fortentwickelt und erweitert werden müssen.
2. Um diesem Beschluss Rechnung zu tragen und ihn umsetzen zu können, ist eine Erhöhung dieser Haushaltsstelle von 150.000 € erforderlich.
3. Zudem wird ein Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung des oben genannten Beschlusses im nächsten Jugendhilfeausschluss beantragt.

#### **Begründung**

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor jeglicher Art von Gewalt ist uns allen wichtig und gerade auch in (und nach) der Corona Krise eine große Herausforderung und nicht aufschiebbar.

Ein Netzwerk mit allen oben angesprochenen Akteuren zu schaffen, ist der beste Weg, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Dies hat sich auch kreisweit in anderen sozialen Bereichen bewährt.